

UOKG

UNION DER OPFERVERBÄNDE
KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V.

UOKG e.V. - Ruschestr. 103, Hs. 1 - 10365 Berlin

Initiative Mahnmal
Sprecher: Ernst-Otto Schönemann
E-Mail: Schoenemann@uokg.de

Projektkoordination:
Melanie Dore
Tel: 030 55494536
E-Mail: dore@uokg.de

Heute gibt es bereits einige Denkmäler und Gedenkstätten, die einen wesentlichen Beitrag zur Aufarbeitung des kommunistischen Herrschaftssystems in Ostdeutschland leisten. Diese Erinnerungsorte sind jedoch speziellen Ereignissen und einzelnen Opfergruppen gewidmet. Der Vorstand der UOKG e.V. setzt sich deshalb bereits seit einiger Zeit dafür ein, dass in Berlin ein zentrales Mahnmal zum Gedenken an alle Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland errichtet wird. Das Leid der Betroffenen und der diktatorische Charakter des politischen Systems in der SBZ/DDR soll an diesem Ort künstlerisch versinnbildlicht werden.

Wir wollen ein zentrales Mahnmal, das einerseits zu einem festen Ort für das individuelle Gedenken einzelner Opferinitiativen und Vereine wird, welches andererseits aber nicht so bedrückend erscheinen darf, dass es vom Rest der Bevölkerung gemieden wird.

Diejenigen, die sich heute noch der kommunistischen Diktatur bewusst erinnern, werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten immer weniger werden. Deshalb soll sich das zukünftige Mahnmal auch an die nachfolgenden Generationen wenden und dazu ermutigen, sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu engagieren und Widerstand gegen politische Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen zu leisten. Aus diesem Grund halten wir es für unerlässlich, das Mahnmal mit einem Ort der Information über die Auswirkungen der kommunistischen Diktatur in Osteuropa zu verbinden.

Um die Errichtung eines Mahnmals intensiv voranzutreiben, hat der Vorstand der UOKG die „Initiative Mahnmal“ ins Leben gerufen, in der sich u.a. Herr Ernst-Otto Schönemann, Frau Anita Goßler, Herr Theodor Mittrup und Frau Sibylle Dreher engagieren. Das Ziel der Initiative ist die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer des Kommunismus in Deutschland zwischen 1945 und 1989 auf der Grundlage eines Beschlusses des Deutschen Bundestages. Dafür brauchen wir viele Stimmen, die uns in der öffentlichen Diskussion unterstützen und es ist mir ein großes Anliegen, die Mitglieder der Fördergemeinschaft Recht & Eigentum e.V. zu unseren Unterstützern zählen zu dürfen. Ich möchte Sie daher bitten, den beigefügten Aufruf zu unterzeichnen.